

kann einen Bundespräsidenten dazu zwingen, Gesetze zu unterschreiben, die er für bescheuert hält? Vielleicht hätte Herr Köhler erst mal etwas warten und mit Herrn Kirschnack von der Pilotenvereinigung Cockpit reden sollen. (Mit wem redet der Bundespräsident eigentlich, bevor er Gesetze unterschreibt? Nur mit Otto Schily? Mit Frau Köhler? Mit Frau Merkel? Mit seinem Friseur? Mit Carl Amery?)

Von Köhler ging das Gesetz dann direkt ab an die Justiz, zum Bundesverfassungsgericht, wo ja heutzutage Politik hauptsächlich stattfindet: Gegen das von Horst Köhler, CDU, unterschriebene Gesetz, werden jetzt „die CDU/CSU-Innenminister den Gang nach Karlsruhe“ antreten. Sie halten es für verfassungswidrig. Nein, nicht dass einer etwas unterschreibt, obwohl er „erhebliche Bedenken“ hat, sondern weil sie „außerdem mehr Kompetenzen für die Bundeswehr im Anti-Terrorkampf“ wollen. Fragen Sie mich bitte nicht nach der Logik dieses Satzes, oder ob das ein Argument fürs Fliegen ist oder wie diese „mehr Kompetenzen für die Bundeswehr“ aussehen sollen. Mir ist schon schlecht.

Nun kann man nur wünschen, dass die Innenminister das mit dem „Gang nach Karlsruhe“ wörtlich gemeint haben, und die wackeren Herren (denn nur um solche handelt es sich) gehen tatsächlich, vielleicht an einem der nächsten schönen

Frühlingstage, zu Fuß ins Badener Land, mit Günter Beckstein an der Spitze. Ein kleiner Leiterwagen, auf dem ein Bierfass transportiert werden kann, sorgt für frohe Wanderstimmung, ein Strohhut kann nicht schaden, es wird manchmal ganz schön heiß im Pfnzgau. Aber sie sind ja zu Fuß unterwegs, welch eine Freude! Ein Flugzeug zu nehmen würde ich ihnen, und auch Ihnen, bei der momentanen Rechtslage sowieso nicht raten. Die gilt auch noch eine ganze Weile, denn es kann schon mal dauern in Karlsruhe. Bis dahin wird nicht mehr geflogen, ist doch klar. Danach sehen wir weiter. Vielleicht gibt es dann einen ganz anderen Struck (den ich aber auch nicht beneiden werde, neues Luftsicherheitsgesetz hin oder her).

Ob die 800 Jungs vom Verband der Besatzungen strahlgetriebener Kampfflugzeuge und die anderen Prachtkerle von der fliegenden Truppe jetzt wohl „absolute Klarheit“ haben? Es wäre Ihnen zu wünschen. Sind ja alle begeisterte Flieger, und da sollte man Ihnen auch nicht übelnehmen, dass sie gelegentlich mal tiefer dahinbrettern als erlaubt. Die tun ja nichts, die wollen doch nur spielen. Und bestimmt haben sie Recht: Wenn jemand heutzutage noch Spaß am Fliegen haben will, dann kann man, der Vernunft gehorchend, eigentlich nur strahlgetriebene Kampfflugzeuge empfehlen. Die stehen auf der sicheren Seite. Fliegen wird wieder exklusiver. *Hans Pfitzinger*

Imageberatung für die Weltmacht

Der nächste Krieg wird verkauft

Keine Zeitung hat in Europa darüber berichtet, und doch ist etwas Unglaubliches geschehen: Das US-Verteidigungsministerium ist bereit, aus Fehlern zu lernen, und übt zu diesem Zweck Selbstkritik.

Die stille Sensation begann damit, dass Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz einem externen Berater-Gremium, dem Defense Science Board (DSB), am 20. Mai 2004 ein Memorandum schickte mit dem Auftrag, eine spezielle Task-Force zusammenzustellen. Die Aufgabe: die Untersuchung des Übergangs vom Frieden zu Kriegshandlungen und zurück; die Begründung dafür lautete in wünschenswerter Offenheit: „Unsere Militär-expeditionen nach Afghanistan und in

den Irak werden im globalen Krieg gegen den Terrorismus wahrscheinlich nicht die letzten auswärtigen Maßnahmen dieser Art sein“, um einem angegriffenen oder von Terrorismus bedrohten Alliierten beizustehen oder auch um eine schwache, zur Terrorismusabwehr unfähige Regierung abzusetzen. Was dazu in den „Jahren – nicht Wochen oder Monaten“ vor und nach einer solchen „Expedition“ nötig sei, das herauszufinden war die Aufgabe der Task-Force.

Zu ihrem Vorsitzenden wurde Vincent Vitto ernannt, Präsident der Firma Charles Stark Draper Laboratory, die insbesondere auf dem Gebiet der rüstungsnahen Telekommunikation weltweit führend ist. Vincent Vitto war schon einige

Male als Chefberater für das amerikanische Verteidigungsministerium tätig. Er ist zudem Stellvertretender Vorsitzender des Defense Science Board.

Zwischen Ende März und Juni 2004 wurden also insgesamt 28 Gespräche (briefings) mit Behördenvertretern und Experten durchgeführt. Am 23. September 2004 wurde die fertige Studie zu immerhin einem Teilaspekt der gestellten Aufgabe überreicht, der „Bericht der DSB-Task-Force über Strategische Kommunikation“. Und die Lektüre dieses Berichts ist erhellend.

Schon in der Zusammenfassung wird festgestellt: „Amerikas negatives Image in der öffentlichen Meinung der Welt und seine verminderte Überzeugungs-fähigkeit sind die Folgen anderer Faktoren als der fehlenden Durchführung von Kommunikationsstrategien. Interessen kollidieren. Führungsstärke zählt. Die politische Linie ist ausschlaggebend. Strategische Kommunikation ist nicht *das* Problem, aber es ist *ein* Problem“ (Hervorhebung im Original).

Im weiteren Text wird diese Feststellung immer wieder durch neue selbstkritische Argumente unterbaut:

– „Weltweite Verärgerung und Unzufriedenheit richten sich gegen Amerikas befleckte Glaubwürdigkeit und die Methoden, mit denen die USA ihre Ziele verfolgen. Es ist allgemein anerkannt, dass sich Amerikas Überzeugungskraft in der Krise befindet.“ (Seite 14)

– „Nicht nur ist jede amerikanische Initiative, jede Verpflichtung in der islamischen Welt in die größere Dynamik inner-islamischer Feindseligkeiten verstrickt – sondern Amerikaner haben sich auch in diesen innerislamischen Kampf auf eine Weise eingeschaltet, die uns zum Feind der meisten Muslime gemacht hat.“ (Seite 35f.)

– „Es ist nicht so, dass ‚Muslime unsere Freiheit hassen‘, sie hassen vielmehr unsere politischen Maßnahmen. (...) Wenn die öffentliche amerikanische Diplomatie davon spricht, den islamischen Gesellschaften die Demokratie zu bringen, dann wird das nur als Heuchelei und Selbstbestätigung angesehen. (...) Im Übrigen hat die amerikanische Besetzung von Afghanistan und Irak in den Augen der Muslime nicht zur Demokratie geführt, sondern nur zu noch mehr Chaos und Leiden. (...) Was ein marginalisiertes Netzwerk war [al-Qaida], ist heute eine den gesamten Islam umfassende Bewegung von Kampfgruppen.“ (Seite 40)

Ausführlich zitiert wird in diesem Zusammenhang eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Zogby International vom Juli 2004. Die Ergebnisse sind katastrophal. In fünf arabischen Ländern (Marokko, Saudi-Arabien, Jordanien, Libanon und den Vereinten Arabischen Emiraten) ist zwar die Zustimmung zu amerikanischen „Werten“ – gemeint sind hier Technologie, „Freiheit“, „Leute“, Filme, Waren – mit Angaben zwischen 59 und 90 Prozent nach wie vor hoch; die Zustimmung zur Irak-Politik jedoch ist auf einstellige Zahlen geschrumpft: Sie beträgt maximal vier Prozent. Schlimmer noch: Gegenüber der gleichen Umfrage zwei Jahre vorher sind die positiven Urteile über die USA insgesamt drastisch gesunken, in Marokko beispielsweise von 38 auf 11, in Jordanien von 34 auf 15, in Ägypten von 15 auf zwei Prozent. Und ein Ende dieses Abwärtstrends ist nicht zu erkennen.

Dies alles wird in dem Bericht der Task-Force ausgiebig vorgeführt und zutreffend kommentiert: Die Menschen in den arabischen Ländern hassen nicht unsere Werte, sondern unsere Politik. Und jeder kann es nachlesen (z.B. bei http://www.nigelparry.com/after911/2004_09_Strategic.pdf).

Wer nun aber meinte, dass der Bericht, wie man es erwarten dürfte, eine Änderung der Politik empfehlen würde, wird enttäuscht. Alles, was er empfiehlt, ist eine geschicktere Verpackung des Krieges. Nicht die politischen Aktivitäten sollen verändert werden, sondern die Verkaufsargumente.

Der vermittelnde Begriff ist dabei „Glaubwürdigkeit“: „Heute geht es bei politischen Kämpfen um die Schaffung und Zerstörung von Glaubwürdigkeit.“ Die aber ist, wenn man dem Bericht folgt, nur das Ergebnis einer „Art und Weise [der Kommunikation], die glaubwürdig ist“; zu vermeiden sind „nach Möglichkeit Wörter, die in Ton und Inhalt Beleidigungen enthalten“, weiter auch Botschaften, die als „Arroganz, Opportunismus oder Doppelmoral“ wahrgenommen werden könnten. Erstaunlich: Der erste Schritt solle dabei das „Zuhören“ sein, nicht die Mitteilung. Gebrauchte „die Öffnung eines funktionierenden Kommunikationskanals mit jener Welt“ der Muslime. Selbst diese Verkaufsargumente sind sichtbar voll offener Selbstkritik.

Der Herausgeber dieser Zeitschrift, verblüfft über den Kritiker-Mut der Task-Force, noch mehr aber über ihr plötzliches Zurückweichen vor einer logischen Fol-

gerung, nämlich der Notwendigkeit einer Politik-Änderung, fragte den Vorsitzenden Vincent Vitto nach den Gründen für diese Haltung: Blieb die Task-Force hier nicht mutlos auf halbem Weg stehen? Vittos Antwort, ein Meisterstück freundlicher Selbstverhüllung, brachte kaum Licht in die Sache. Auszüge: „Wir haben nicht in Rechnung gestellt, dass unsere gegenwärtige Politik in der islamischen Welt sehr negativ gesehen wird. Noch wichtiger: Wir meinen, dass wir nicht verstehen, was innerhalb des Islam passiert, und wir haben in einigen Fällen offenbar Verfahren weiterbenutzt, die im Kalten Krieg bequem und uns geläufig waren. (...) Lassen Sie mich zum Schluss darauf hinweisen, dass ein bundesstaatliches Beratungsgremium etwas anderes ist als DIE GAZETTE oder *Foreign Affairs*. Wir versuchen, Entscheidungsträgern Empfehlungen zu geben zur Verbesserung ihrer Fähigkeit, gut informierte politische Entscheidungen zu treffen. Ihre Zeitschrift kann einer Politik gern kritisch gegenüberstehen oder eine Politikänderung verlangen. Die Folgerun-

gen, die Sie persönlich aus Kapitel 2 des Reports ziehen, stehen nicht allein da, aber unsere Rolle war es nicht, die Politik der USA zu kritisieren. Mut ist hier nicht der Punkt, es geht um effektive Verbesserung. Ich denke nicht, dass es Mut braucht, das Selbstverständliche festzustellen, aber die Bemühung um eine Verbesserung eines kritischen Aspekts der US-Außenpolitik verlangt Integrität, Sorgfalt und eine große Zahl wirksamer Gespräche mit Entscheidungsträgern in der aktuellen Regierung. Jeder kann eine Politik kritisieren, aber die Arbeit an der Organisation informierter Politik-Entscheidungen ist viel schwieriger.“

Man kann das als eine Frage der Zuständigkeit betrachten. Seit der Antwort von Vincent Vitto denkt die Redaktion, hört man, noch immer darüber nach, ob er ihr doch ein wenig Recht gibt (was meint er wohl mit dem „Selbstverständlichen“?) oder ob er DIE GAZETTE für ebenso unnützlich oder ebenso einflussreich hält wie *Foreign Affairs*. Deutlich wird nur: Seine eigene Arbeit hält Mr. Vitto für schwieriger. *Philipp Reuter*

Neuhardenberg

Ein Vorwort

Um herauszufinden, was der Terminus „Glück“ denn bedeute, fuhr ich im verregneten Juli 2004 von Berlin Richtung Osten nach Neuhardenberg und besuchte die zu einem Tagungszentrum umgebaute gleichnamige Schlossanlage am Rande des Oderbruchs. Bundeskanzler Schröder und sein Kabinett nutzen diesen Ort regelmäßig als Kulisse für bildgewaltige Auftritte, denn im Park steht eine alte Eiche, unter der die ganze deutsche Regierung Platz findet. Unter dem ausladenden Blätterdach machte die deutsche Politik einen geerdeten, weisen, behüteten Eindruck; insofern ist diese immer wieder gern veröffentlichte Aufnahme eine der gelungensten Fälschungen in der Geschichte der modernen Fotografie.

Als ich kam, stand die Eiche nur für sich. In Neuhardenberg diskutierte an jenem Samstagabend der israelische Nobelpreisträger Amos Oz mit dem preisgekrönten libanesischen Schriftsteller Amin Maalouf über Glück, was die Dolmetscher in Ermangelung anderer Vokabeln

mit „Happiness“ übersetzten, obwohl Oz mit „everlasting happiness“ wohl eher „Seligkeit“ meinte. Wie auch immer: Das war schon eine tolle Idee, dieses Ensemble aus dem verkrachten mittleren Osten nach Preußen zu verlagern; und das auch noch am Vorabend des 60. Jahrestages des Attentates auf Adolf Hitler.

Ich erhoffte mir von dieser Begegnung am Rande des Oderbruchs ein paar erhellende Hinweise auf die aktuelle Epoche, in die ich mich seit dem 11. September 2001 noch immer hineintaste wie ein Höhlenforscher in ein unterirdisches Labyrinth. Am 9. November 1989 und den Tagen darauf war ich felsenfest davon überzeugt, dass man in so ein Umbruchdatum nur einmal im Leben hineingerät; doch diese Annahme war falsch, wie sich viele Tage später zeigte, als der Dschihad den nach 1989 kaum neu aufgestellten Westen heimsuchte wie ein Schlaganfall.

Der islamistische Terrorismus wird uns verfolgen, solange wir leben. Aber wie